BUND-Gewässerreport

Alarmierender Zustand von Flüssen und Seen

nsgesamt 92 Prozent aller Flüsse und Seen in Deutschland sind in einem beklagenswerten Zustand. Ursachen dafür gibt es viele, unter anderem zu viel Dünger und Pestizide aus der Agrarindustrie, Begradigung und Vertiefung vor allem für die Schifffahrt oder Schadstoffe aus dem Bergbau. "Wasser ist unsere Lebensgrundlage", sagt der Vorsitzende des BUND Hubert



Weiger bei der Vorstellung des Gewässerreports, "daher kämpft der BUND als der Flussverband Deutschlands seit seiner Gründung für naturnahe Gewässer in Deutschland." Mit der Präsentation des Gewässerreports startet der BUND zeitgleich die Kampagne "Rette unser Wasser". Ziel ist es, ein Aufweichen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Rahmen des anstehenden Überprüfungsprozesses auf europäischer Ebene zu verhindern

ie Daten, auf denen der Gewässerreport basiert, stammen vom Umweltbundesamt. In zehn Themenfeldern wird analysiert, wo die Probleme für den besorgniserregenden Zustand der Gewässer liegen und wie Lösungen für gesunde Gewässer aussehen können. Näher beleuchtet werden unter anderem die Folgen des Bergbaus, der Zusammenhang zwischen Nährstoffeintrag aus der industriellen Landwirtschaft und Eutrophierung an unseren Küsten oder die Auswirkungen vom Ausbau der Wasserstraßen. Die Ergebnisse werden anhand von Beispielen dargestellt. Jedem negativem Beispiel wird ein positiver Fall gegenüber gestellt. "Ziel ist zu zeigen, dass sich Engagement lohnt und, wie beim Kalibergbau, wenigstens Teilerfolge zu erringen, um Flüsse, Seen und Grundwasser zu bewahren oder sogar wieder in einen naturnahen Zustand zu bringen", erläutert Weiger. "Unser Engagement geht weiter. Doch es kann nicht die Aufgabe der Umweltverbände sein, die Verantwortlichen zur Einhaltung von EU-Richtlinien zu zwingen." (ChH/red.)

Download und Bestellmöglichkeit:

www.bund.net/service/publikationen/detail/ publication/bund-gewaesserreport-2018/

AKW und Kohlekraftwerke haben keine Zukunft

Abschaltplan vorgelegt

er BUND hat einen Abschaltplan für Atomkraftwerke (AKW) und Kohlekraftwerke vorgelegt. Diese Analyse zeigt, dass das Stilllegen der klimaschädlichsten Kohlekraftwerke bis 2020 und eine deutliche Beschleunigung des Atomausstiegs in Deutschland möglich sind, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. "Der Abschaltplan ist eine Aufforderung an die politisch Handelnden, endlich tätig zu werden", erklärt der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger bei der Vorstellung des Abschaltplans in Berlin. Der BUND hat in dem Abschaltplan eine konkrete Leistungsbilanz erstellt und nennt Kraftwerke sowie Jahreszahlen für die Abschaltung. Im Fokus stehen dabei die Jahre 2020 und 2023. Dieser Zeitraum gilt als besondere Herausforderung für die Versorgungssicherheit, da in ihn einerseits das gesetzliche Ausstiegsdatum der Atomkraft fällt. Andererseits muss gut die Hälfte der Kohlemeiler vom Netz, um das deutsche Klimaziel 2020 erreichen zu können. Der BUND-Abschaltplan zeigt, dass das möglich ist und deutlich mehr Kohlekraftwerke kurzfristig vom Netz genommen werden können, als bisher diskutiert wird, und dass dies

Download und Bestellmöglichkeit:

www.bund.net/service/publikationen/detail/ publication/bund-abschaltplan-fuer-akw-undkohlekraftwerke/

auch mit einer deutlichen Beschleunigung des Atomausstiegs verbunden werden kann. Im Ergebnis geht der Leistungsüberschuss in Deutschland zwar zurück,

aber die Versorgung bleibt auch in Stunden ohne Sonne und mit wenig Wind gewährleistet.

"Das Pariser Klimaabkommen erfordert den Ausstieg aus der Kohle noch vor 2030. Die Bunderegierung ist in der Verantwortung für das Erreichen der Klimaziele, sie muss den Ausstieg gesetzlich festschreiben und für einen gerechten Strukturwandel sorgen. Für das Erreichen des Klimaziels 2020 muss sie jetzt ein Sofortprogramm auf den Weg bringen. Weiteres Abwarten ist unverantwortlich", so der BUND-Vorsitzende weiter.

Durch die klimapolitische Untätigkeit der letzten Jahre hat sich das deutsche "Klimaproblem" immer stärker zugespitzt. Nach den neueren Emissionsprognosen wird das deutsche Klimaschutzziel 2020 um zehn Prozentpunkte verfehlt. Raus aus Atom und Kohle und trotzdem die Energieversorgung sichern – dies ist möglich, wenn die Energiewende vorangetrieben wird. "Es geht darum, die erneuerbaren Energien engagiert weiter auszubauen und die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Energiewende, die im Wesentlichen auf Windenergie und Photovoltaik basiert, zu schaffen", so Weiger. Dies bedeutet einen Ausbau von flexiblen dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung-Kraftwerken, eine Reduktion des Stromverbrauchs, eine optimierte Auslastung der Stromnetze und eine deutliche Steigerung der Möglichkeiten zur Lastreduktion. (ChH/red.)